

Was kommen wird, wer vermist sich es vorauszusagen? Aber gewiß ist, daß wenn jetzt die Mächte der Reaction triumphiren, wenn jenes gewaltige Heer, das der alte Absolutismus gar trefflich zu schulen verstand, mit seiner Wucht Italien, Ungarn und Wien niederschlägt, Oesterreich als strengen Einheitsstaat, als aufrecht haltend, ja straffer noch die Bande anziehend als Metternich mochte, dieß lange noch kein Ende und Ausgang der österreichischen Wirren, sondern nur eine Durchgangsstufe zu fernerweiten Veränderungen ist. Das heutige Oesterreich ruht auf seinem Heere, und ein schwer verschuldeter Staat, der nicht allzuweit entfernt ist vom Bankerotte, kann auf die Dauer kein starkes Heer sich halten; solche Gewaltigkeit, solche Strenge, solche Unterdrückung läßt sich nicht mehr behaupten.

Von Anbeginn der Revolution hat eine slavische Partei der deutschen Sache sich widersetzt. Sie trat den Wahlen zur Nationalversammlung entgegen, hintertrieb viel und schalt die Anhänger der deutschen Einheit „Frankfurtianer“. Das slavische Central-Comité verkündete am 27. Mai 1848: „nimmermehr wollen wir die Souveränität Deutschlands über uns anerkennen“, „nie werden wir den Frankfurter Beschlüssen eine für uns bindende Kraft zuerkennen“. Sie versuchten ein slavisches Gegenparlament in Prag gegen Frankfurt aufzustellen, und als dieses gescheitert war, mit dem Wiener Reichstage ein Gegengewicht auszuüben. Erst langsam erwachten aus langem Schlafe die Deutschen in Oesterreich, sich bewußt deutsch zu sein, wollten sie auch deutsch bleiben, aber damit schnitt auch alles ab und über das Verhältnis zum deutschen Reiche herrschte die ärgste Unklarheit. Das Ministerium verhielt sich gegen die Centralgewalt, wie mir es scheint, schwankend; erklärt wird dieß einigermaßen durch die in der höheren Verwaltung eingeriffene Verwirrung, vermöge der slavischen Majorität auf dem Reichstage zu Wien wurde es leider mehr und mehr auf die slavische Seite hingeworfen, indeß erklärte noch am 11. October der Bevollmächtigte (jetzige Minister) Bruck dem Reichsjustizminister, daß die Reichsgesetzblätter in hundert Abdrücken „sogleich nach der jedesmaligen Ausgabe an die Provinzialregierungen der österreichischen Bundesländer zur schleunigen Vertheilung an die betreffenden Behörden versandt worden sind und in Zukunft regelmäßig versandt werden sollen. Die örtliche Veröffentlichung der darin enthaltenen Gesetze und Verordnungen wird stets durch die Provinzialzeitungen unverzüglich erfolgen.“ Ich denke, diese Erklärung enthält, was wir verlangen. Damals war in Wien schon der große Aufstand ausgebrochen, aus deutschem Gefühle heraus. Man hat dieß mir in Leipzig wie in Frankfurt bestritten, meine Wahrnehmungen während des Aufstandes und nach der Erstürmung haben mir aber diese Ueberzeugungen gegeben und manches Auffällige erklärt. Wiens Unterliegen war zugleich eine Niederlage der deutschen Sache und ein Triumph der Tschechen. Daran knüpfte sich nun viel. Das siegende Heer kümmerte sich in seinem Waffensiege so wenig um die deutsche Nationalversammlung als um den Wiener Reichstag; vom Reichsverweser las es im Militaircodex nichts, nur vom österreichischen Kaiser stand darin. Der Reichscommissare ungeschicktes Verhalten, die mit den bloßen Lauten ihrer Stimme ein aufgehendes Kriegsfeuer dämpfen wollten, stellte zur selben Zeit das Ansehen der Centralgewalt bloß. Blums Erschießung trieb die Verwicklung auf die Spitze. Was der mit unbeschränkter Vollmacht bekleidete Feldherr verübt hatte, glaubte das Ministerium in seinen Folgen vertreten zu müssen. Ohnehin befand es sich jetzt im Schlepptau der Slawenpartei, die den Bruch mit Frankfurt endlich herbeigeführt glaubte. Die freisinnige und die deutschgesinnte Partei war allenthalben niedergeworfen und eingeschüchtert. Oesterreichs Regierung befand sich nunmehr in thatsächlicher Abtrünnigkeit von Deutschland.

Ich erkenne dies keineswegs, aber eben weil mit dem unmittelbar Vorangegangenen eine der deutschen Sache so äußerst ungünstige Wendung eingetreten war, durfte gerade dieser Augenblick nicht gewählt werden zu einer schließlichen Entscheidung und Feststellung des Verhältnisses mit Oesterreich. Der Ausgang wäre dann vorauszu sehen und er zöge nach sich die Uebertragung des Erbkaisertums an Preußen.

Und welche Forderung wurde an Oesterreich gestellt! Eine meines Bedünkens unthunliche, fast ungewährbare. Bei der ersten Lesung der Verfassung wurde nämlich der Satz aufgestellt und durchgeführt: „kein Theil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein“, nur „reine Personalunion“ (Gemeinsamkeit desselben Fürsten) soll sie verknüpfen. — Ohne Zweifel entspricht dieser Grundsatz dem Ideale eines Bundes-

am vollkommensten, aber bei dem Uebergang des Staatenbundes in einen Bundesstaat mußte man der Sprödigkeit der überkommenen Verhältnisse Rechnung tragen, und lieber eine losere Fassung wählen als eine so enge, daß ein großes Land in ihr nicht Platz findet; wird doch das Unvollkommene die Zukunft ausbilden. Ohne Zweifel entspricht die angeführte Bestimmung den Wünschen der Schleswig-Holsteiner, aber sie paßt schon auf Limburg schlecht, und kann uns in Feindseligkeiten mit den Niederlanden verwickeln, sie paßt noch weniger auf Deutsch-Oesterreich, das in dreihundertjährigem Zusammensein mit andern Ländern verwachsen ist mit diesen, gemeinsam mit ihnen Flotte und Heer, Borräthe und Schulden und vieles andere hat. Die Durchführung dieser Bestimmung wäre eine Zerreißung, eine Zerschneidung Oesterreichs. In der Nationalversammlung wurden die Bedenken dawider theils von den extremen Linken und von den starren Theoretikern verworfen, theils mit der Bemerkung beschwichtigt, daß die Annahme in erster Lesung eine Anfrage, eine Probe sei. In Oesterreich fanden sie sofort vielfachen Widerspruch; man rief: wir wollen uns nicht von langverbrüdereten Stämmen trennen, wir wollen nicht daß Oesterreich untergehe; die slavische Partei deutete diese ergiebigen Befürchtungen aus, um gegen Frankfurt und die deutsche Einheit zu wählen. Statt nun andere Vorschläge zu prüfen oder solche von der österreichischen Regierung zu verlangen, hieß es jetzt auf einmal zu Frankfurt: „von diesen Bestimmungen werden wir nicht abgehen, will Oesterreich sie nicht unbedingt annehmen, so kann Oesterreich im Bundesstaate nicht sein, so schließt der Bundesstaat mit Oesterreich eine Union!“

Eine Union, wie etwa mit Frankreich oder England. Eine Union wäre ja in jeglicher Zeit die Trennung. Unter den 36 Millionen, die unter dem Habsburger stehen, sind nur acht Millionen Deutsche, die, wenn sie an Deutschland keinen wirklichen Rückhalt haben, — ein völkerrechtlicher Verband gewährt keinen solchen — dem Andrängen der Slawen erliegen müssen. Denn, wenn die Slawen aller österreichischen Länder zusammen aufstreten, so beträgt ihre verbundene Masse gegen 18 Millionen, so wird Oesterreich ein Slawenstaat, der (seine Politik erfordert es dann), in feindselige Stellung gegen Deutschland treten wird. Dahin sind alsdann die Hoffnungen des Hrn. Sager auf Ausbreitung deutscher Cultur im Osten, dahin schwinden auch die Träume von einer Vereinigung des Verkehrs, von brüderlicher Annäherung.

Dies lag vor und dies steht bevor. Also auf der einen Seite laute Billigung der Politik des Hrn. v. Sager von den Slawen, die ihn mit besonderem Nachdruck als großen Staatsmann preisen, und auf der andern der lebhafteste Widerspruch der hiesigen Oesterreicher, unter denen doch höchst ehrenwerthe Männer sind. Das Schicksal von vielen Millionen Deutschen stand in Frage, ein erster Schritt, der möglicher Weise entscheidet, sollte beschlossen werden: meiner ganzen Vergangenheit wäre ich untreu geworden, wenn ich nicht Partei ergriffen hätte gegen Hrn. von Sager. Sehr schätze ich diesen ehrenwerthen Mann, aber wie kann ein Mann wiegen gegen ein Volk. Auf welche Art Oesterreichs eigenthümliche Doppelstellung nach meiner Ansicht berücksichtigt werden kann und welche Stellung gegen seinen Abfall die Centralgewalt einzunehmen hätte, ist hier nicht auseinanderzusetzen, aber dies will ich noch hinzufügen, daß man „für jetzt“ von Oesterreich keine letzte Entscheidung finden darf, daß die österreichische Regierung eine Enderklärung nicht gut geben kann. Die ungünstige Gestaltung des Augenblickes maßgebend sein zu lassen, das ist in meinen Augen eine Politik des Augenblicks, welche der Zukunft eine ungünstige Wendung giebt.

Was einmal von Deutschland abkam, war verloren auf immer! Nur Ost- und Westpreußen sammt Posen wurde gerettet, alles Uebrige war dahin. Was getrennt ward, wurde kalt und mißgünstig. Die Niederlande und die Schweiz sind dafür Beweis. Nie also werde ich einwilligen in Schritte, die zur Abtrennung Oesterreichs hinführen. Kehrt Oesterreich freiwillig und den Rücken, müssen wir's geschehen lassen, blutenden Herzens, so wollen wir doch keine Schuld daran tragen, so sollen wir vorher alle Hindernisse fortgeräumt haben.

Dies ist meine Auffassung; wenn daher auch nachträglich Hr. v. Sager seinen Vorschlag milderte und von gesandtschaftlicher Verbindung abgehen zu wollen erklärte, wenn er in seiner Rede versicherte, daß er den Beitritt Deutsch-Oesterreichs betreiben, keinesweges hindern wolle so konnte ich doch, nachdem er so klar ausgesprochen hatte, Oesterreich „werde und müsse“ eine Sonderstellung außerhalb des Bundesstaates einnehmen und eine Grund-